

Salzabbau am Niederrhein

K+S erwägt Beitritt zur Schlichtungsstelle Bergschäden

Niederrhein - K+S prüft, der Schlichtungsstelle Bergschäden beizutreten – probeweise für ein, zwei Jahre. Menschen, die vom Salzbergbau betroffen sind, hätten dann die Möglichkeit, im Streitfall diese Stelle anzurufen. Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten reagiert skeptisch.

26.03.2025 , 17:12 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



Das Bergwerk in Borth plant, den Salzabbau unter Xanten, Rheinberg und Menzelen auszuweiten.

Foto: Armin Fischer (arfi)

(up/wer) Das Bergbauunternehmen K+S, unter anderem Betreiber des Steinsalzbergwerks in Borth, erwägt, probeweise für ein bis zwei Jahre der Schlichtungsstelle [Bergschäden](#) in Essen beizutreten. Eine Entscheidung über einen Beitritt sei aber noch nicht getroffen, sagte ein Sprecher am Mittwoch. Zunächst müssten noch Gespräche geführt werden. K+S habe zuletzt aber grundsätzliche Offenheit bekundet, einen Beitritt erneut zu prüfen.

Unterdessen teilte Jochem von der Heide als Leiter der Schlichtungsstelle Bergschaden NRW mit: „Nach umfangreichen Vorgesprächen hat K+S ihre Bereitschaft erklärt, der Schlichtungsstelle Bergschaden NRW für einen Probezeitraum beizutreten. Hierüber ist der Unterausschuss Bergbausicherheit informiert worden.“ Gleichzeitig sollen die Unternehmen und Interessenvertretungsverbände unterrichtet werden, die bereits Mitglied der Schlichtungsstelle für den Steinkohlebergbau sind.

Der SPD-Landtagsabgeordnete René Schneider hatte mitgeteilt, dass ein Vertreter der Schlichtungsstelle im Unterausschuss Bergbausicherheit des NRW-Landtags über den Schritt von K+S berichtet habe. „Damit erfüllt sich ein jahrzehntelanger Wunsch der vom Steinsalzbergbau betroffenen Menschen am Niederrhein. Sie haben nun die Möglichkeit, im Streitfall eine Schlichtungsstelle anzurufen, die außergerichtlich zu einer Schadensregulierung verhelfen kann“, sagte der Kamp-Lintforter.

RP+ Geplante Salzabbau - Erweiterung
„Wir als Bevölkerung baden es aus“

Skeptisch stimme den Abgeordneten allerdings der Zeitpunkt. „Ich will hoffen, dass dies nicht nur geschieht, um im derzeit laufenden Rahmenbetriebsplanverfahren bessere Karten zu haben“, so Schneider. Aktuell werde im Zuge dieses Verfahrens geklärt, wie der Salzbergbau künftig gestaltet wird. Hierzu haben unter anderem Bürgermeister aus dem Kreis Wesel bereits Bedenken angemeldet.

Zur möglichen künftigen Schadensregulierung warnte Schneider vor zu hohen Erwartungen: „Wenn nun in den ersten Jahren wenige Fälle gemeldet werden, liegt das vor allem daran, dass Bergschäden sehr langsam auftreten und die Mehrzahl der Fälle im Altbergbau gemeldet werden. Die dort zuständige Cavity weigert sich jedoch weiterhin, der Schlichtungsstelle beizutreten.“ Die Schlichtungsstelle habe vor, auf die Cavity zugehen, um sie eventuell doch noch von einer Beteiligung zu überzeugen.

Die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten reagierte zurückhaltend auf die Ankündigung, dass K+S probeweise der Schlichtungsstelle beitreten wolle. Zum einen, weil damit nur ein Bergbau-Unternehmen diesen Schritt erwäge, sagte Claudia Kerkhoff vom Vorstand der Bürgerinitiative. Zum anderen, da K+S jederzeit die Schlichtungsstelle wieder verlassen könne.

(up/wer)